

Dresdner Nachrichten

Begründet 1856

Bezugs-Gebühr vom 16. bis 31. März 1925 bei täglich zweimaliger Zustellung drei Monate 1,50 Goldmark, halbjährlich 3,00 Goldmark, jährlich 6,00 Goldmark. Einmalige Anzeigengebühr 10 Goldmark.
Anzeigen-Preise: Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet; die einpaltige 30 mal breite Zeile 30 Pfg., für auswärts 35 Pfg., Familienanzeigen und Stellenangebote ohne Rabatt 10 Pfg., außerhalb 20 Pfg., die 90 mm breite Reklameweile 150 Pfg., überhalb 200 Pfg., Überlangebühr 10 Pfg. Zusätzl. Aufträge gegen Vorauszahlung.

Verlagsdruck: Nachrichten Dresden.
 Vertriebs- und Sammelnummer: 25 241.
 Nur für Nachgelieferter: 20 011.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle:
 Marienstraße 38/40.
 Druck u. Verlag von Wiegand & Reichardt in Dresden.
 Postfach - Nummer 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. - Anzeigen ohne Schriftleitung werden nicht aufbewahrt.

Chamberlains zweiter Besuch bei Herriot.

Ein nichtsfagendes Communiqué spricht von Einigung in den Hauptpunkten der Sicherheitsfrage.

Drohende Tariferhöhung bei der Eisenbahn? — Der Kulturkampf im Elsaß. — Um die Sonderkandidatur der Sillergruppe.

„Prinzipielle Einigung?“

Paris, 16. März. Herriot ist heute morgen nach Paris zurückgekehrt. Mit ihm ist der englische Außenminister Chamberlain eingetroffen. Die Besprechungen zwischen Herriot und Chamberlain haben von 3 bis 5 Uhr nachmittags gedauert. Chamberlain begab sich vom Tuilleriespalast nach der englischen Botschaft. Nach Schluß der Besprechungen erklärte Herriot in einigen Worten den anwesenden Journalisten, er sei mit der Unterhaltung mit Chamberlain außerordentlich zufrieden. Es sei ihm gelungen, in der Sicherheitsfrage und in allen anderen Fragen, die damit zusammenhängen, eine prinzipielle Einigung zu erzielen. Nach Beendigung der Beratung erklärte Chamberlain dem französischen Ministerpräsidenten, er hoffe, daß die nächste Unterredung in London stattfinden werde. Herriot antwortete, er sei damit einverstanden.

Paris, 16. März. Staatssekretär Chamberlain wird morgen vormittag abreisen und verbringt den Abend in der englischen Botschaft. Bis jetzt ist noch nichts darüber bekannt, daß er noch irgendwelche Besprechungen mit französischen oder anderen diplomatischen Vertretern haben werde. (S. T. B.)

Das offizielle Communiqué.

Paris, 16. März. Ueber die heute nachmittags stattgefundene zweistündige Unterredung des französischen Ministerpräsidenten mit dem britischen Staatssekretär Chamberlain wird folgendes offizielle Communiqué verbreitet: Chamberlain hatte nach seiner Rückkehr aus Genf heute nachmittags dem französischen Ministerpräsidenten einen Besuch ab. Einer früheren Vereinbarung gemäß fanden die beiden Minister im Laufe einer längeren Unterredung den Meinungsäustausch fort, den sie schon über die verschiedenen Probleme der auswärtigen Politik und insbesondere über das Problem der Sicherheit hatten, mit der Absicht, in vollkommener Veräglichkeit für beide Länder annehmbare Lösungen zu suchen. Das Ergebnis dieser Unterredung war, daß die wesentlichen Punkte der wichtigsten Probleme genau festgelegt wurden. Die Verhandlungen hierüber werden auf diplomatischem Wege in Verbindung mit den andern Mächten fortgesetzt werden. (S. T. B.)

Chamberlain ist optimistisch.

Paris, 16. März. Staatssekretär Chamberlain empfing heute abend die Vertreter der englischen und der amerikanischen Presse und erklärte über seine Unterredung mit dem Ministerpräsidenten Herriot, er habe mit diesem über die deutsche Anregung hinsichtlich des Sicherheitspaktes, die Frage der Entwaffnung und über die Frage der Veröffentlichung des Verdicts des Generals Balfour gesprochen. Auf Anfrage erklärte er, er sei sehr optimistisch in bezug auf die Sicherheitsfrage und habe die deutschen Vorschläge ernstlich geprüft, und man werde durch den auf diplomatischem Wege fortzuführenden Meinungsäustausch feststellen versuchen, welcher Vorteil aus diesen Vorschlägen zu

ziehen sei. Hinsichtlich der zu beratenden Grenzen mache die britische Regierung keine Ausnahme, jedoch gebe es gewisse Grenzen, an deren Sicherung man mehr interessiert sei, als an anderen. Auch über die Veröffentlichung des Verdicts Balfour sei noch keine Entscheidung getroffen worden, da im Augenblicke noch nicht feststehe, ob über die Entwaffnungsfrage eine internationalisierte Konferenz einberufen werde. Ueber den amerikanischen Plan wegen Einberufung einer Entwaffnungskonferenz könne er nicht sagen, da im Augenblicke nichts von einer Einladung bekannt sei. Er könne nur so viel erklären, daß er mit dem jetzigen Staatssekretär für Auswärtige Angelegenheiten, Kellogg, vor seiner Abreise aus London hierüber gesprochen habe. (S. T. B.)

Das polnische Grenz- und Sicherheitsproblem

London, 16. März. Der „Observer“ führt in einem Leitartikel aus, jeder Rückblick auf die Geschichte der früheren Zeit bilde eine Warnung für die Zukunft des Verfallens. Der Vertrag, sich vor dem Glauben zu hüten, daß Gewalt das geeignete Mittel sei, ihn aufrechtzuerhalten. Alles was an Verträge gut und richtig sei, werde durch seine Fehler und Ungerechtigkeiten gefährdet. Die Vervielfachung dieser Fehler sei wesentlich für die Konsolidierung Europas. Der Rat, den man als Freund Polens diesem Lande erteilen müsse, sei der, daß es ein todringendes Gewicht erhalten habe in Bezug auf Grenzlinien, die geeignet seien, gerade im Augenblicke der Wiedergeburt Polens die gemeinsame verhängnisvolle Gegnerschaft Deutschlands und Rußlands wiederzuleben.

Kein Freund könne Polen einen besseren Rat geben als den, der Deutschland nach 1871 wiederholt erteilt wurde, nämlich zu erwägen, ob die territoriale Regelung wirklich auf sei. — Der diplomatische Berichtshatter des „Observer“ schreibt zur morgigen Zusammenkunft zwischen Chamberlain und Herriot.

Die entscheidende Frage sei, ob Frankreich zustimmen werde, daß ein Unterschied zwischen den westlichen und östlichen Grenzen Deutschlands gemacht werde. Ein Argument zugunsten des Verfalls, das Chamberlain vermutlich vorbringen werde, falls er eine günstige Atmosphäre vorfinde, werde sein, daß

Polen auf die Dauer einen vorteilhaften Handel machen werde, wenn es Deutschland den Korridor und den jetzt Polen zugewiesenen Teil Oberschlesiens zurückgeben würde.

Unter den jetzigen Verhältnissen lebe Polen auf einem Vulkan. Wenn es den Preis zahle, der allein einen Sicherheitspakt ermöglichen, dann werde Polen selbst Sicherheit haben und zweifellos eingeladen werden, sich mit Frankreich, Deutschland, Großbritannien, Belgien, Italien und der Tschecho-Slowakei am Pakt zu beteiligen. Dies seien offenbar die Richtlinien, die für Chamberlains Politik maßgebend sein würden. (S. T. B.)

Die Eisenbahner lehnen den Schiedspruch ab.

Beschärfung des Streiks im Reich.

(Drahtmeldung unter Berliner Schriftleitung.)
 Berlin, 16. März. In gemeinsamen Beratungen haben am Montag nachmittags die Eisenbahnerorganisationen und zwar die Gewerkschaft Deutscher Eisenbahner, der Deutsche Eisenbahnerverband und der Allgemeine Eisenbahnerverband folgenden

Beschluß

beschlossen: Der Schiedspruch des vom Reichsarbeitsminister ernannten Schlichters vom 13. März 1925 wird von den Verbänden der vertragschließenden Organisationen aus folgenden Gründen abgelehnt:

1. Die Lohnzulage trägt den Erfordernissen der Lebenshaltung nicht genügend Rechnung und ist angelehnt an den Personalverlangten Arbeitsleistung an gewissen Bedingungen über die bisher im Tarifvertrag vorgesehene Fristen hinaus können nicht anerkannt werden.

2. In der Arbeitszeitschlichterfrage ist der Schiedspruch unannehmbar, weil er nicht nur keine positive Verbesserung der Arbeitszeit enthält, sondern auch entgegen dem bisherigen Rechtsstand eine unerträgliche Bindung bis zum 31. Oktober 1925 festsetzt. Die Vorstände sind jedoch bereit, in neuen Verhandlungen unter Mitwirkung des Reichsarbeitsministers eine erträgliche Regelung zu suchen. Eine weitere Verkürzung des Kampfes sowie jede Wiederaufnahme der Arbeit darf nur auf Anweisung der Organisationsleitung erfolgen.

Die Ablehnung des Schiedspruches durch die Gewerkschaften hat zunächst keine entscheidende Bedeutung, da vermutlich die Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruches beantragt werden wird. Die entsprechenden Verhandlungen sollen am Donnerstag erfolgen. Die Streiklage im Reich hat sich trotz der Bemühungen der Gewerkschaften, die Kampfbasis nicht zu vergrößern, verschärft. Es haben nicht nur in Bremen die Güterbodenarbeiter zum größten Teil die Arbeit niedergelegt, auch im Direktionsbezirk Halle ist eine Versäuerung eingetreten, dagegen ist die Zahl der Streikenden in Berlin zurückgegangen.

Verbotene Kundgebungen in Berlin.

Berlin, 16. März. Im Interesse der öffentlichen Sicherheit hat der stellvertretende Berliner Polizeipräsident die

öffentlichen Kundgebungen des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold und der kommunistischen Partei, die beide am Mittwoch abend in Friedrichshagen stattfinden sollten, verboten.

10 Prozent als Ausgleich der Mehrbelastung?

Kommunistische Streikdemonstration in Berlin.

(Drahtmeldung unter Berliner Schriftleitung.)
 Berlin, 16. März. Die Frage im Eisenbahnerstreik weist auch heute keine wesentliche Veränderung auf. Die Erklärungen der beiden Vertragskontrahenten zum Schiedspruch werden wahrscheinlich erst in den morgigen späten Abendstunden erfolgen. Der Entscheid der Reichsbahn-Gesellschaft hängt von den Beschlüssen des morgen vormittag zusammen tretenden Verwaltungsrates ab, dessen Sitzung sich bis zum Abend hinziehen dürfte. Inzwischen finden heute in der Reichsbahndirektion bereits interne Vorbereitungen für die morgige Beratung des Verwaltungsrates statt, und man spricht davon, daß als Ausgleich für die mit dem Schiedspruch zu übernehmende Mehrbelastung des Ausgabeneins eine etwa 10prozentige Erhöhung der Personalsätze in Erwägung gezogen werde.

Die Spitzen der beteiligten Eisenbahnerverbände verhalten sich immer noch abwartend. Sie werden erst Beschlüsse fassen, wenn die Stimmungsberichte der einzelnen Ortsgruppen vorliegen. Auf den Berliner Bahnhöfen haben sich heute vormittag rund 300 Streikende zur Wiederaufnahme der Arbeit eingefunden. Hierdurch konnte der Einsatz der technischen Nothilfe etwas verringert werden. Es wurden insgesamt 27 Nothelfer eingesetzt. Ein Teil der dem kommunistisch eingestellten freien Eisenbahnerverband angehörenden Streikenden sammelte sich heute vormittag vor dem Gewerkschaftshaus am Engelshof und zog dann unter Mitführung roter Fahnen und Schilder mit Schmähschriften zum Gebäude der Berliner Eisenbahndirektion, wo man sich indes mit lärmenden Tritten und dem Vorbelmarisch begnügte. In irgendwelchen Zwischenfällen ist es dabei nicht gekommen. Ueber eine Ausnahme des Streiks in den Direktionsbezirken des Reiches liegen bisher keinerlei Meldungen vor, dagegen ist auf dem Güterbahnhof in Bremen eine Gruppe von 120 Eisenbahnerstreikern heute erneut in den Streik getreten.

Nur keine Eile!

Deutschland und das Liebeswerben des Völkerbundes.

Der Völkerbund ist durchaus kein selbständiges politisches Instrument, so sehr seine Regisseure sich auch bemühen, ihm ein scheinbares Eigenleben zu geben. Er ist der internationale Rahmen, den sich die gefälligen Sieger in Versailles geschaffen haben, er nimmt als solcher in allen seinen politischen Auswirkungen mehr oder weniger gefächelt die Bälle auf, die ihm die offiziöse Diplomatie der Ententeänder zuwirft, und gestattet so den Diplomaten in Paris und London ein ebenso reizvolles wie für uns gefährliches Spiel der Verchiebung der Verantwortlichkeiten. Je nachdem wie es ihre Interessen, ihre Begierde und das unbedingte Streben, offene Konflikte zu vermeiden, ratiam erscheinen lassen. Niemals können wir es uns erlauben, die Frage unseres Beitritts zum Völkerbunde, die mit der jetzigen offiziellen Einladung des Völkerbundes an Deutschland plötzlich mit so verhängnisvoller Eile in den Vordergrund gehoben wurde, losgelöst von der Gesamtpolitik zu erörtern. Mag es uns heute auch mit berechtigter Genugtuung erfüllen, daß dieselben Mächte, die vor fünf Jahren in Versailles mit schneidendem Hohn unsere Zulassung zum Völkerbunde ablehnten, jetzt eine förmliche Einladung an uns beschließen haben, mögen wir auch anerkennen, daß es nicht nur im Interesse des Völkerbundes liegt, einen entscheidenden Schritt zu der ersehnten Universalität des Völkerbundes getan zu haben, sondern daß auch England von einer deutschen Teilnahme eine wertvolle Unterstützung seiner Politik gegenüber Frankreich erwartet. Das alles kann für uns als Nebengrunde natürlich ebenso mitrechnen, wie die von Dr. Stresemann dieser Tage betonte Mäßigkeit eines besseren Eintretens für unsere unterdrückten Minoritäten und unter Zorgebiet. Entscheidend aber sind für uns im Augenblicke die Fragen unseres künftigen Einflusses im Völkerbunde und der politischen Hintergründe, die plötzlich die Entente veranlassen, uns mit den Sicherheitsplänen das Ziel überzuwerfen, mit dem wir in den Völkerbunde hineingezerrt werden sollen.

In geradezu raffinierter Weise hat man es in der Entente verstanden, die Kernpunkte der großen politischen Fragen des Augenblicks, die von der Richtdrängung hinaus ausgingen, zu verschleiern. Man hat erst den künstlich verzögerten Kontrollbericht vorgezogen und ihn, als er drängend wurde, in die bewährten Hände Hochs gelegt, mit dem Auftrage, durch weitere Verschleppung sich und der Entente Zeit zu lassen, um die durch den deutschen Sicherheitsvorschlag anfangs ausichtsreich scheinende politische Hauptfrage der Sicherheitsgarantie zu klären. Als sich aber auch hier bei der ersten Konferenz Chamberlains mit Herriot unüberbrückbare Gegensätze über die deutsche Abgrenzung aufstauten, fand man mit dem Völkerbunde die erlösende Formel, indem man einmütig entdeckte, daß Deutschland, ehe man an den heißen deutschen Sicherheitsvorschlag herangehen könne, erst Mitglied des Völkerbundes sein müßte. Damit gewann man einmal wieder Zeit, während man andererseits Deutschland die Verantwortung für die weitere Verzögerung in die Schuhe schieben konnte. In diesem Zusammenhang müssen bei uns heute die Dinge gesehen werden, und dieser Zusammenhang ist auch in erster Linie maßgebend für die Beurteilung der gewordenen und komplizierten Antwortnote, die jetzt in Berlin eingegangen ist. Es traf sich dabei für den Völkerbunde diesmal ganz besonders glücklich, daß ihm noch eine unerledigte deutsche Note vom Dezember v. J. vorlag, die aber, da sie auf dem bereits wieder beerdigten Genfer Sicherheitsprotokoll fußte, die deutschen Voraussetzungen für den Eintritt in den Völkerbunde unter ganz anderen Gesichtspunkten formuliert hatte, als sie heute unbedingt notwendig sind. Nur auf diese Bedenken antwortet die Note des Völkerbundes. Das darf auf keinen Fall übersehen werden. In Deutschland verkennt man natürlich nicht, daß ein Zwang für Deutschland zur Beteiligung an Sanktionen und Kriegsmassnahmen des Völkerbundes, daß selbst nur eine Teilnahme an wirtschaftlichen Boykotten, die uns Kriegserklärungen fremder Länder einbringen können, bei unserer völligen Wehrlosigkeit nach wie vor ein Ding der Unmöglichkeit ist. Das hat die deutsche Regierung in Genf mit aller Deutlichkeit klar gemacht, und wenn die Note des Völkerbundes selbst in dieser Frage noch nicht einmal dem deutschen Standpunkt gerecht wird, so kann man immerhin das Vertrauen zur Reichsregierung haben, daß sie hierbei auf den deutschen Voraussetzungen bestehen bleiben wird. Im übrigen haben derartige Sicherungen gegen Sanktionsmaßnahmen des Völkerbundes durch die englische Weigerung, sich für solche Maßnahmen zur Verfügung zu stellen, erheblich an Bedeutung verloren.

Für uns liegen heute die Gefahren des Völkerbundebeitritts viel mehr in der Verkettung der Einladung an Deutschland mit dem großen Problem der Sicherheit. Dabei wird man sich gewiß der Berechtigung der Äußerung Stresemanns, daß ein Ränkepakt zur Garantierung unserer Westgrenze schwerlich außerhalb des Völkerbundes liegen könne, nicht verschließen. Aber es ist doch ein gewaltiger Unterschied, ob wir in den Völkerbunde hineingehen, nachdem der Sicherheitsvertrag zustande gekommen ist, oder ob unsere Befreiung